

A stylized world map composed of a grid of dots in various shades of gray, with several dots highlighted in red. The map is centered behind the title text.

2012: Wieder eine »Schicksalswahl« in Amerika?

Pia Bungarten

OKTOBER 2012

- Obamas Zukunftspläne für eine zweite Amtszeit blieben lange zu unbestimmt und er hat seine politischen Anliegen und Resultate nicht immer gut vermittelt. Wähler gestehen jedoch auch zu, dass er sich in schwierigsten Zeiten als Lenker bewährt hat und Probleme lösen muss, die er selbst nicht verschuldet hat.
- Neben verschiedenen unglücklichen Äußerungen im Laufe des Wahlkampfes, die sein öffentliches Bild beschädigt haben, hat Mitt Romney die Schwierigkeiten eines relativ wenig ideologischen Kandidaten in einer mittlerweile ideologisch höchst festgefahrenen Partei, die in allen Politikbereichen einen extrem rückwärtsgewandten Eindruck macht und sich unduldsam gegen Abweichler zeigt.
- Den Republikanern ist es nicht gelungen, die wirtschaftlichen Probleme zum alles beherrschenden Wahlkampfthema zu machen. Auch die Zuwanderungspolitik, die Gesundheitsreform und außenpolitische Themen sind verstärkt ins Zentrum der politischen Debatte gerückt.



Inhalt

Ausgangsüberlegungen: Steht Obamas Wahlsieg schon fest?	3
1 Wie positionieren sich Präsident Obama und sein Herausforderer Mitt Romney?	3
1.1 Präsident Obama.	3
1.2 Präsidentschaftskandidat Mitt Romney	5
2 Schlüsselfragen	6
2.1 Die Reform des Gesundheitswesens	6
2.2 Einwanderungspolitik	7
2.3 Sanierung des US-Haushalts	7
2.4 Das Verhältnis von Markt und Staat.	8
3 Unwägbarkeiten im Wahlkampf	9
3.1 Die Rolle hoher Wahlkampfspenden	9
3.2 Behinderungen bei der Ausübung des Wahlrechts.	10
4 Aussichten	11
5 Herausforderungen nach der Wahl	12
5.1 Die »fiskalpolitische Klippe« (<i>»fiscal cliff«</i>)	12
5.2 Was wird aus den Republikanern?	13

Ausgangsüberlegungen: Steht Obamas Wahlsieg schon fest?

Im Oktober zeigten Umfragen, dass die amerikanischen Wähler bezüglich der Frage, wen sie als Präsidenten bevorzugen würden, nach wie vor tief gespalten sind. In einer Umfrage der *Washington Post/ABC News* vom 15. Oktober lag Barack Obama (49 Prozent) nur mit drei Prozentpunkten vor Mitt Romney (46 Prozent). Auch Gallups Umfrage vom 14. Oktober kommt unter registrierten Wählern zu einem knappen 48 Prozent (Obama) zu 46 Prozent (Romney) Ergebnis. Im Vergleich zu den Septemberumfragen hat Obama Prozentpunkte eingebüßt, was vor allem auf seine wenig überzeugende Performance bei der ersten Präsidentschaftsdebatte mit Romney am 3. Oktober zurückzuführen ist. Mit der zweiten Debatte am 16. Oktober konnte Obama laut Analysten wieder Punkte gutmachen. Gouverneur Romney präsentierte sich, ähnlich wie am 3. Oktober, vor allem als Fachmann für die Wirtschaft und ihre Wiederbelebung, legte aber keine wirklich neuen Argumente vor und wurde mehrfach in die Defensive gedrängt. Obama wirkte sicher und präsidentieller und konnte vor allem bei außenpolitischen Themen Boden gutmachen.

Wenn die Wähler derzeit gefragt werden, wer wahrscheinlich die Wahl gewinnen wird, liegt Obama in den Umfragen immer noch deutlich vor Romney. Laut der oben genannten *Washington Post/ABC News*-Umfrage erwarten 57 Prozent der Befragten Obama als den Wahlsieger, hingegen Romney nur 33 Prozent.

Diese Diskrepanz erklärt sich zum Teil aus der Berichterstattung. So wurde zum Beispiel Romneys Reaktion auf die Proteste in der arabischen Welt und die Ermordung des US- Botschafters Chris Stevens als übereilt und unpassend kritisiert und trug zu dem Eindruck bei, dass Romney wiederholt unnötige Fehler mache und sich damit für die Präsidentschaft nicht empfehle. Dass Obama als der wahrscheinlichere Sieger gilt, könnte ihm nutzen. Noch unentschlossene Wähler könnten sich für ihn entscheiden, da viele lieber einen Gewinner als einen Verlierer unterstützen. Es könnte aber auch Wähler demotivieren, die sich nicht mehr die Mühe machen, zur Wahl zu gehen, da sie fälschlicherweise annehmen, sie sei bereits zugunsten Obamas entschieden.

Die Analyse geht auf folgende Kernpunkte ein:

1. Wie positionieren sich Präsident Obama und sein Herausforderer Romney – und wie werden sie wahrgenommen?
2. Was sind die Schlüsselfragen? Zur Bedeutung von Gesundheitsreform, Einwanderung, Haushaltsdefizit und Schulden.
3. Welche Faktoren sind in ihren Auswirkungen schwer voraussagbar? Zum Einfluss von Wahlkampfspenden, der Behinderungen in der Ausübung des Wahlrechts und außenpolitische Krisenszenarien
4. Welche zentralen Herausforderungen stellen sich nach der Wahl: »fiscal cliff« und die Zukunft der republikanischen Partei.

1 Wie positionieren sich Präsident Obama und sein Herausforderer Mitt Romney?

1.1 Präsident Obama

Auf dem Parteitag der Demokraten hat nichts so viel Aufmerksamkeit erregt wie die Rede von Bill Clinton, der eloquenter und resoluter als Obama selbst die Leistungen des amtierenden Präsidenten darstellte und ebenso überzeugend die Unzulänglichkeiten seines Herausforderers aufzeigte und ihn demontierte. Der Applaus war überwältigend – doch als Präsident Obama zu Clinton auf die Bühne trat, brandete er noch stärker auf. Der Alt-Präsident hatte die Leute hingerissen – aber hier kam der amtierende Präsident, der Kapitän des Schiffes in stürmischen Zeiten, auf den sich allen Enttäuschungen zum Trotz die Hoffnungen konzentrieren.

Der Applaus zeigte, was die Leute im Grunde von Barack Obama halten: dass er sich bei aller Kritik als überdurchschnittlich guter Lenker in schwierigsten Zeiten bewährt hat. Er hat nicht alle in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt – er ist keine »Reinkarnation« des New Deal-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, wie es sich viele erhofft hatten. Doch in allen großen innen- und außenpolitischen Fragen hat er klug, entschlossen und mit einem klaren Blick auf die Konsequenzen gehandelt. Allerdings hat er – der angeblich große Kommunikator – seine Anliegen und die Resultate seiner Politik erstaunlich schlecht

vermittelt. Clinton hat ihm vorgemacht, wie man sie gelungen auf den Punkt bringt.

Obama kann geschliffen schreiben, aber in der direkten Kommunikation fehlt ihm oft der *common touch*. Er ist, was wie ein Widerspruch in sich wirkt, a *reluctant charismatic leader*, also ein zögernder charismatischer Politiker. Clinton gelingt es, zu erklären und dabei zu unterhalten, Obama predigt und wird kritisiert wegen seiner kühlen Selbstgenügsamkeit. Auf dem Parteitag verwandelte Clinton aber auch das in eine Stärke Obamas: »Ich will einen Mann nominieren«, verkündete er, »der äußerlich ›cook‹ ist, aber der sich innerlich für Amerika verzehrt«. Der Präsident schlug nach Clintons großem Auftritt folglich vor, diesen zum *Secretary for Explaining Stuff* zu ernennen, eine Rolle, die er in vielen Wahlkampfveranstaltungen tatsächlich spielt.

Die unbefriedigende Wirtschaftslage gilt als zentrales Thema der Wahlen – also die zögerliche, scheinbar nicht wirklich belastbare Erholung nach der Finanzkrise, die noch zu geringen Wachstumsraten, die im September erneut um 0,3 Prozent gesunkene und dennoch hartnäckig hohe Arbeitslosigkeit (7,8 Prozent) und die noch nicht überwundene Krise auf dem Immobilienmarkt. Die Bürger nehmen Obama »doppelt« wahr: Sie erkennen an, dass er gewissenhaft und verantwortungsbewusst handelt und das Richtige für das Land tun will. Andererseits ist die große Mehrheit der Meinung, dass sich das Land in die falsche Richtung entwickelt. Dabei gestehen sie zugleich zu, dass der Präsident nicht alles kontrolliert, was geschieht und dass er Probleme lösen muss, die er selbst nicht verschuldet hat.

Im demokratischen Lager war daher bislang die Hauptsorge, die deutlich höheren Sympathiewerte für Obama könnten nichts daran ändern, dass gut 50 Prozent der Amerikaner immer noch Romney eher zutrauen, das Land aus seiner wirtschaftlichen Misere zu steuern – trotz all seiner Unzulänglichkeiten und trotz der Bemühungen, ihn als einen Millionär ohne Empathie für die Sorgen normaler Bürger darzustellen.

Im republikanischen Lager hingegen machte sich im Laufe des Septembers die Erkenntnis breit, dass es Romney bislang nicht wirklich gelingt, die wirtschaftlichen Probleme zu dem beherrschenden Thema der Wahlen zu machen. Republikaner registrieren besorgt, dass Romneys Position alles andere als stark ist. Mit politischen Werbespots ist es

den Demokraten im Sommer gelungen, Romney als herzlosen Technokraten zu skizzieren, der sich vor allem für die Interessen der Reichen einsetzt und sein Vermögen außerhalb der USA in Steuerparadiesen anlegt. Selbst Republikaner kritisieren, dass ihr Kandidat keine kohärente politische Vision, geschweige denn konkrete Pläne für eine von ihm geführte Regierung und ihre Wirtschaftspolitik vorgelegt hat.

Mit der bekannten Frage von Ronald Reagan »Geht es Ihnen heute besser als vor vier Jahren?« versuchen die Republikaner, den Wahlkampf wieder auf das Wirtschaftsthema zu lenken. Doch seit dem Parteitag geraten die Demokraten durch diese Frage weit weniger in die Defensive. Selbstbewusst antworten sie mit einer langen Liste von Gesetzen, Initiativen und Entscheidungen, mit denen Obama Wahlversprechen erfüllt hat. Er hat

- das Land mit dem American Recovery and Reconstruction Act (ARRA) von 2009 vor einer neuen Großen Depression bewahrt und unter anderem durch Budgethilfen an die Bundestaaten den Abbau von über zwei Millionen Arbeitsplätzen verhindert
- mit der Rettung der Autoindustrie über eine Million weiterer Stellen erhalten
- den Irak-Krieg beendet
- den Rückzug aus Afghanistan eingeleitet
- den Finanzsektor mit dem Dodd-Frank-Gesetz reformiert
- durch eine umfassende Gesundheitsreform endlich Versicherungsschutz für alle Amerikaner durchgesetzt
- mit dem Lilly-Ledbetter-Gesetz eine neue Basis für das Prinzip »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« geschaffen
- mit der Abschaffung des *don't ask, don't tell*-Gesetzes die Diskriminierung Homosexueller in den Streitkräften überwunden,
- viele Neuansätze in den internationalen Beziehungen durchgesetzt (darunter die *reset*-Politik gegenüber Russland und das neue START-Abkommen sowie das Sanktionsregime gegen den Iran)

- die Bedrohung durch Osama Bin Laden durch dessen Tötung endgültig beendet
- durch eine Verfügung erlaubt, dass die unter 30jährigen illegalen Immigranten legalen Status erlangen, wenn sie einen US-Schulabschluss vorweisen können oder im Militär gedient haben.

Die Republikaner versuchen, mit einer zweiten Frage zu punkten: Wie wird sich eine zweite von Obamas erster Amtszeit unterscheiden? Hier trifft ihn eine ähnliche Kritik wie Romney. Obamas Zukunftspläne waren auch vielen seiner Unterstützer lange zu unbestimmt. Auf dem Parteitag hat seine Planung etwas mehr Gestalt angenommen. Obama sprach über die notwendige Reform der Steuergesetzgebung und über seine Bereitschaft, einen *grand bargain* zur Sanierung des Haushalts auf der Basis der Empfehlungen der Simpson-Bowles-Kommission auszuarbeiten. Zu einer umfassenden, gar mitreißenden Vision addiert sich das allerdings nicht. Zugleich ist allen einschließlich des Präsidenten bewusst, dass sein Handlungsspielraum vor allem durch den Ausgang der Kongresswahlen bestimmt wird – und durch die Hoffnung, dass seine Wiederwahl die Ausrichtung der Republikaner auf das Ziel, seine Präsidentschaft auf eine Amtszeit zu reduzieren, irrelevant macht.

1.2 Präsidentschaftskandidat Mitt Romney

Mitt Romney mag ein strategisch kluger Pragmatiker und dazu ein persönlich großzügiger und hilfsbereiter Mann sein, aber es ist ihm bislang nicht gelungen, den Eindruck zu überwinden, sich in einen gnadenlosen Opportunisten ohne wirkliche Kernüberzeugungen verwandelt zu haben. Romneys Programm bleibt vage und läuft vor allem auf Steuerkürzungen quasi als Allheilmittel hinaus. Wenn er genauere Aussagen zu einem Thema macht, wird häufig die Kluft zwischen seinen nun stark ideologischen und seinen früheren wesentlich moderateren Positionen sichtbar und Gegenstand der Diskussion – auch dann, wenn er sich anscheinend eben diesen moderaten Positionen wieder anzunähern scheint, wie er es in den beiden bisherigen Debatten zu tun versucht hat.

Zum wachsenden Unbehagen der Republikaner hat er zeitweise einen unnötigen Fehler nach dem anderen gemacht. Bei einer Europareise im Juli stieß er in London Amerikas älteste und engste Partner vor den Kopf. Der

verunglückte Auftritt von Clint Eastwood beim republikanischen Parteitag untergrub seinen Hauptanspruch, ein meisterhafter Planer mit klarem Blick für wichtige Details und null Toleranz für Fehler zu sein. Wichtige Teile seiner Biographie – wie sein Einkommen und seine Steuerzahlungen – hat er nur unter Druck, in geringem Umfang und zu spät preisgegeben.

Insbesondere jedoch seine verächtlichen Bemerkungen über die »47 Prozent« der Bevölkerung, die angeblich keine Steuern zahlen, haben ihm geschadet. Im Mai hatte er diesen Kommentar in einer geschlossenen Gesellschaft mit reichen Spendern gemacht, der vom Magazin *Mother Jones* veröffentlicht wurde. Romney führte aus, dass diese »47 Prozent von staatlichen Programmen abhängig« seien, sich als »Opfer« betrachteten und geschlossen für Obama stimmen würden.

Die Medien wiesen ihm schnell nach, dass er damit ganze Bevölkerungsgruppen völlig falsch einordne und entsprechend vor den Kopf stieße. Unter denen, die laut Romney angeblich »keine Verantwortung für ihr Leben übernehmen«, sind Amerikaner, die zwar wegen niedriger Einkommen keine Bundeseinkommenssteuer, sehr wohl aber Lohnsteuern zahlen, mit denen die Sozialversicherungsprogramme finanziert werden, ganz abgesehen von anderen lokalen Steuern oder sogenannten »Verkaufssteuern«. Unter denen, die weder Einkommenssteuer noch Sozialversicherungsabgaben zahlen, sind vor allem Rentner (darunter nicht wenige potenzielle Romney-Wähler), Studenten, kriegsversehrte Veteranen und krankheits- und unfallbedingt arbeitsunfähige Bürger.

Doch möglicherweise noch mehr also solche unglücklichen Äußerungen belastet Romneys Kandidatur, dass er der eigentlich weit weniger ideologische Kandidat einer mittlerweile ideologisch höchst festgefahrenen Partei ist. Die Republikaner, einst bekannt für unternehmerfreundliche Politik, in sozialen Fragen moderat und in Umweltfragen gar progressiv, sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter nach rechts gerückt. Sie sind unduldsam gegen Abweichler und eifern mehr oder weniger geschlossen gegen Steuern, gegen Abtreibung, gegen den »Staat«. Sie machen in allen Politikbereichen einen extrem rückwärts gewandten Eindruck – eine Koalition von höchst unterschiedlichen, mit einander im Streit liegenden Strömungen, eine sperrige, schwer zu handhabende Mischung aus Evangelikalen, Libertären, Tea-

Party-Anhängern, Fiskal-Konservativen und verschiedenen anderen kleineren Gruppen.

Beobachter auf dem republikanischen Parteitag in Tampa, Florida, gewannen nicht den Eindruck, dass sich die Republikaner geschlossen und energisch um ihren Kandidaten scharten. Stattdessen wirkten sie wie eine Versammlung, die sich gegen die Außenwelt verbarriadiert. Wichtige Entwicklungen innerhalb Amerikas (wie die mittlerweile von einer großen Mehrheit akzeptierte, legale Eheschließung Homosexueller) und wichtige Entwicklungen außerhalb Amerikas wurden kaum zur Kenntnis genommen (abgesehen von gelegentlichen Verweisen auf Griechenland als warnendes Beispiel für die Katastrophe, auf die auch das verschuldete Amerika zusteure). Mitt Romney wurde aus den eigenen Reihen – zum Beispiel von Bill Kristol, dem einflussreichen Herausgeber des *Weekly Standard* – für seine Abschlussrede kritisiert, in der er weder den Krieg im Irak, noch Afghanistan oder die US-Truppen einer Erwähnung für Wert befand. Kommentatoren schlossen daraus, dass nicht mehr die Republikaner, sondern die Demokraten die »Partei der nationalen Sicherheit« seien.

Dass die Republikaner auf Kriegsfuß mit »externen Realitäten« und »empirischen Daten« stehen, wurde besonders augenfällig durch die Rede des Vize-Präsidentenwahlkandidaten Paul Ryan auf dem republikanischen Parteitag, die viele falsche Aussagen und Halbwahrheiten enthielt. Ryan attackierte zum Beispiel Obama für die Schließung einer General-Motors-Fabrik, deren Abwicklung vor Obamas Amtseinführung beschlossen worden war. Er warf Obama vor, die Empfehlungen zur Schuldenreduzierung der überparteilichen Simpson-Bowles-Kommission nicht implementiert zu haben – und unterschlug, dass er selbst Mitglied der Kommission gewesen war und ihre Vorschläge zurückgewiesen hatte. Obgleich Ryan in seiner »Straßenkarte für Amerikas Zukunft« die Beendigung der öffentlich finanzierten *medicare*-Versicherung für Amerikaner über 65 gefordert hatte, sprach er auf dem Parteitag plötzlich davon, dass »*medicare* ein Versprechen sei, das wir einhalten werden für die Generation meiner Mutter, für meine Generation und für die Generation meiner Kinder.«

2 Schlüsselfragen

2.1 Die Reform des Gesundheitswesens

Der sogenannte Affordable Care Act, mit dem die Kostenexplosion im Gesundheitswesen unter Kontrolle und mehr Amerikanern Zugang zu bezahlbarem Versicherungsschutz ermöglicht werden soll, wird von seinen republikanischen Kritikern als »Obamacare« geschmäht. Umfragen zeigen, dass das Mammut-Reformwerk in vielen der Bundesstaaten, die für Obamas Wiederwahl wichtig sind, nach wie vor umstritten ist. Auf dem Parteitag in Charlotte hat Obama seine eigentlich wichtigste Reform selbst nicht erwähnt und stattdessen nur indirekt darauf verwiesen, dass »ein kleines Mädchen mit einem Herzfehler (dessen gesamte Familie zuvor auf dem Parteitag aufgetreten war) nun die nötigen Operationen bekomme, weil Versicherungsgesellschaften keine Obergrenzen mehr für Versicherungsleistungen festlegen können«. Die Politik der Republikaner, so Obama, bestehe in der Hoffnung darauf, nie krank zu werden, wenn man sich Versicherungsschutz nicht leisten kann.

Präsident Clinton ging viel direkter auf die Verbesserungen ein und verwies darauf, dass die Versicherungen bald viele Millionen weitere Kunden haben werden, darunter viele aus der Mittelschicht mit sogenannten *pre-existing conditions* (mit schon bestehenden Gesundheitsproblemen), die bislang von Versicherungen ausgeschlossen werden konnten. Stolz hob er zudem hervor, dass in den beiden letzten Jahren zum ersten Mal seit 50 Jahren die Ausgaben im Gesundheitssektor um weniger als vier Prozent gewachsen sind.

Den Republikanern ist bei aller Kritik an »Obamacare« bewusst, dass bei weitem nicht alle Aspekte der Reform unbeliebt sind. Mitt Romney verspricht, »Obamacare« als erste Amtshandlung zu kippen. Zugleich aber sagt er zu, die Teile des Gesetzes beizubehalten, die schon eingeführt worden sind (wie zum Beispiel die Auflage für Versicherungen, niemanden mehr wegen bereits bestehender Gesundheitsprobleme vom Versicherungsschutz auszuschließen).

Unter noch größeren Druck geraten die Republikaner aber bei der Auseinandersetzung um *medicare*. Lange galten die Demokraten als die Partei, die sich nachhaltig für dieses staatlich finanzierte Versicherungssystem für Bürger ab 65 einsetzte. Als die Republikaner es im

Wahlkampf 2010 mit der nicht populären Reform des Kranken-versicherungswesens in Verbindung brachten, schienen sie einen neuen, potenziell politisch erfolgreichen Ansatz gefunden zu haben. Sie beschuldigen die Administration, *medicare*-Zahlungen zu reduzieren, um das neue Versicherungsprogramm finanzieren zu können. Romney und Ryan haben vorgeschlagen, zwecks Kostendämmung Senioren in Zukunft einen festen Jahresbetrag zur Verfügung zu stellen, mit dem sie sich entweder privat versichern oder im *medicare*-Programm verbleiben können. Durch mehr Wettbewerb soll die Kostenexplosion im Gesundheitswesen gezügelt werden.

Die *Obama Campaign* kontert mit dem Argument, dass der Romney-Ryan-Reformansatz ältere Amerikaner schutzlos den ständig steigenden Versicherungskosten aussetzen würde. Umfragen der *New York Times/CBS News* vom 15. Oktober belegen, dass bei der Frage, wer sich besser um *medicare* kümmern werde, Obama (53 Prozent) vor Romney (38 Prozent) liegt. Kritiker des Ryan-Ansatzes argumentieren, dass festgesetzte Jahresbeiträge mit den tatsächlichen Kosten nicht mithalten und den Senioren damit erhebliche Mehrkosten aufgebürdet würden.

Laut einer *New York Times/CBS News*-Umfrage vom 15. September sprechen sich dreiviertel der Wähler für die Beibehaltung des *medicare*-Systems aus und sehen in dem *voucher*-System (Gutscheine) der Republikaner eine De-facto-Privatisierung, die wenig Vertrauen genießt. Wähler über 65 sind am ehesten geneigt, republikanisch zu wählen – die Kontroverse um *medicare* könnte dazu beizutragen, den Vorsprung der Republikaner in dieser Wählergruppe zu untergraben.

2.2 Einwanderungspolitik

Bei ihrem Parteitag machten die Fernsehbilder deutlich, dass die Republikaner nicht nur ideologisch, sondern auch demografisch und ethnisch gefährlich homogen erscheinen. Sie werden dominiert durch weiße, ältere Männer und tun sich sichtbar schwer, für Afro-Amerikaner, Latinos, Frauen und junge Leute attraktiv zu sein. Zwar beschworen Redner indischer, kubanischer und mexikanischer Herkunft das zentrale amerikanische Narrativ vom Aufstieg und der Integration der Einwanderer, aber das stand in starkem Kontrast zu der gerade auch in den

Vorwahlen der Republikaner immer wieder thematisierten Politik gegen illegale Einwanderer.

In den Vorwahldebatten der Kandidaten eiferten die meisten der republikanischen Bewerber einschließlich Mitt Romney um die Wette, wer am härtesten gegen illegale Einwanderer vorgehen werde. Romney – immer besorgt, es könnte ihn jemand rechts überholen – trat dafür ein, den Druck auf illegale Einwanderer so zu erhöhen, dass sie »sich selbst abschieben« würden.

Mittlerweile klingt Romney weniger martialisch, aber er bleibt auch hier vage bezüglich seiner politischen Absichten. Einerseits räumt er ein, dass man die illegal im Land lebenden Einwanderer (über elf Millionen) natürlich nicht alle abschieben werde. Andererseits spricht er sich gegen ein Amnestiegesetz aus, das ihnen den Weg zur Staatsbürgerschaft ebnet würde. Zu Romneys Beratern gehört unter anderem Kris Korbach, Autor eines extrem kontroversen Gesetzes in Arizona, das die Überprüfung und Festnahme von Personen erlaubt, die für illegale Einwanderer gehalten werden und sich nicht ausweisen können.

Präsident Obama wird von seinen Anhängern wie von seinem republikanischen Herausforderer vorgeworfen, dass er die versprochene Reform der Einwanderungsgesetzgebung bislang nicht in Angriff genommen habe. In einer Amtszeit sind über eine Million illegaler Einwanderer abgeschoben worden, häufig Familien auseinandergerissen worden. Für Obama aber spricht in den Augen der Einwanderer-Gruppen, dass er im Gegensatz zu Romney eine politische Lösung unterstützt. Er steht nicht nur für die Bekämpfung illegaler Einwanderung, sondern setzt sich zugleich auch für einen Weg zur Erlangung der Staatsbürgerschaft ein. Im Vorgriff auf eine angestrebte Reform hat er eine Verfügung der Exekutive (*Executive Order*) unterschrieben, die als Kinder illegaler Einwanderer eingereiste Jugendliche (bis 30 Jahre) von der Abschiebung ausnimmt und ihnen ermöglicht, die Staatsbürgerschaft zu beantragen.

2.3 Sanierung des US-Haushalts

Laut Umfragen genießen die Demokraten in vielen Bereichen – von der Terrorbekämpfung bis zur Verteidigung der Interessen der *middle class* (in Amerika ist damit auch die Arbeiterschicht gemeint) – mehr Vertrauen. Aber die Republikaner lagen lange vorn in der Wähler-

gunst, wenn es um die Frage des Haushaltsdefizits ging. Seine Bereitschaft, dem wachsenden Schuldenberg zu Leibe zu rücken, unterstrich Romney vor allem mit der Auswahl des Vize-Präsidentschaftskandidaten Paul Ryan, der sich als furchtloser Bekämpfer des Defizits präsentierte. Doch die Attacken der Demokraten gegen den republikanischen Plan, Steuersenkungen für Reiche durch höhere Kostenbelastung der Mittelschicht zu finanzieren und die mögliche Erhöhung der Krankenversicherungskosten für Senioren haben diesen Vorsprung schmelzen lassen.

Kritiker halten Obama vor, die Staatsschulden nicht wie versprochen halbiert und die Empfehlungen der von ihm eingesetzten überparteilichen Simpson-Bowles-Kommission nicht aufgegriffen zu haben. Sein Bemühen um einen *grand bargain* mit den Republikanern im Sommer 2011 anlässlich der Erhöhung der Schuldenobergrenze war ein Fehlschlag. Doch Romney, dem die Wähler mehr Sachkenntnis in diesem Bereich zuschreiben, bleibt erneut viel zu vage in Bezug auf seine Vorschläge und verliert damit an Glaubwürdigkeit. Selbst seine Unterstützer kritisieren, seine Botschaft sei zu unklar. In jüngsten Umfragen liegt Romney bei der Frage, wem man die Bändigung des Haushaltsdefizits zutraue, mit 47 Prozent nur noch drei Prozentpunkte vor dem Präsidenten (44 Prozent).

Sowohl Romney als auch Obama versprechen, die Schulden um vier Billionen US-Dollar in den kommenden zehn Jahren zu senken (und damit im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft zu stabilisieren). Obama will zu diesem Zweck die Steuern insbesondere für die Wohlhabenden mit Jahreseinkommen von über 250 000 US-Dollar erhöhen; Romney will vor allem die staatlichen Ausgaben kürzen und weniger private Ausgaben von der Steuer absetzbar machen. Erneut bleibt er genaue Angaben dazu schuldig, was detailliert in Zukunft steuerlich nicht mehr absetzbar sein soll. Laut Umfragen befürwortet die Mehrheit der Amerikaner die Reduzierung des Haushaltsdefizits, sie lehnt Kürzungen bei den wichtigsten Eckpfeilern des Sozialsystems (*medicare* und die staatliche Rente *social security*) ab, unterstützt aber Steuererhöhungen bei den Wohlhabenden.

2.4 Das Verhältnis von Markt und Staat

Immer wieder geht es im Wahlkampf darum, dass die beiden Kandidaten und die von ihnen repräsentierten Lager weit auseinanderliegende Vorstellungen von dem Verhältnis zwischen Markt und Staat haben. Demokraten setzen auf Leistungen des Staates wie Konjunkturlösungen und Investitionen in Infrastruktur. Republikaner treten dagegen für eine mehr oder minder radikale Reduzierung staatlichen Handelns ein und vertrauen zur Belebung der Wirtschaft unbeirrt auf Deregulierung und Steuersenkung.

Die verschiedenen Ansätze treten besonders deutlich im Zusammenhang mit der Debatte um die bereits erwähnten abfälligen Äußerungen Romneys zu den »47 Prozent« zutage, die keine Bundeseinkommenssteuer zahlen und damit seiner Meinung nach von öffentlicher Hilfe abhängig und von dem Bewusstsein durchdrungen seien, »Opfer« zu sein und Anspruch auf staatliche Hilfe zu haben. Romney gelang es nicht, die Wogen zu glätten – weitere Aussagen vertieften eher die Kontroverse und machten deutlich, wo er steht:

»Frankly, we have two very different views of America. The president's view is that of a larger government. I think a society based on a government-centered nation, where government plays a larger and larger role, redistributes money – that's the wrong course for America.«

Für die Demokraten war dies eine Steilvorlage, die sie seither ständig in Reden und politischen Werbespots nutzen. Romneys Aussagen zu den »47 Prozent« eignen sich hervorragend für eine Reihe von Grundsatzaussagen.

Sie erlauben, die in den USA derzeit von »unten nach oben« laufende Umverteilung zu thematisieren, da aufgrund der aktuellen Steuergesetzgebung Einkommen aus Investitionen niedriger als normale Arbeitseinkommen besteuert werden.

Viele Kommentare weisen anhand von Beispielen (wie zum Beispiel der G.I.Bill zur Förderung der Ausbildung von Veteranen nach dem 2. Weltkrieg) nach, dass staatliche (Hilfs-)Programme im Leben zahlloser Amerikaner eine positive Rolle gespielt haben. Das Fazit könnte man wie folgt zusammenfassen: Nur die Starken können sich einen schwachen Staat leisten. Die Schwächeren haben erst mit staatlichen Förderprogrammen (wie zum Beispiel

Kredit und Stipendien für Studenten) die Chance auf soziale Mobilität.

Romneys Äußerungen eignen sich zudem als Ausgangspunkt für Kritik an der unzureichenden Ausstattung der öffentlichen Haushalte. Schuld daran seien, so die *New York Times* am 19. September, nicht die Ärmsten mit ihren »Ansprüchen«, sondern die Reichsten, die von den Steuererleichterungen der Bush-Ära profitieren. Diese Steuererleichterungen sollten endlich auslaufen, während Entlastungen für die Mittelschicht beibehalten werden müssten.

Schließlich nehmen Analysten Romneys Aussagen zum Anlass für die Feststellung, dass Umverteilung zugunsten von Menschen in Not sehr wohl in Amerika mehrheitsfähig sei. Als Kronzeuge wurde ausgerechnet George W. Bush mit einer Äußerung aus dem Jahr 1999 zitiert: Amerikaner haben immer zurückgewiesen, was Bush als »destruktive Einstellung« charakterisierte, nämlich »The idea, that if government would only get out of our way, all our problems would be solved (...). Yet this is not who we are as Americans. We have always found our better selves in sympathy and generosity, both in our lives and in our laws (...), our national character shines in our compassion.«

Romneys Äußerungen werden als Beweis dafür gelesen, dass die von ihm repräsentierte Politik Sonderinteressen über die Interessen der Allgemeinheit stellt. In der *Financial Times* vom 26. September befand der Kommentator Philip Blond, Romney personifiziere und verteidige ein System, das der Minderheit und nicht der Mehrheit diene. Nationales Interesse werde bestimmt durch die, die ohnehin schon mächtig sind. Die Interessen der Mittelschicht fänden keine Berücksichtigung, sie stießen auf Desinteresse und Gleichgültigkeit. Daran anknüpfend verweisen viele Kommentatoren erneut auf die großen Einkommensunterschiede und die zugleich massiv zurückgegangene soziale Mobilität in den USA.

3 Unwägbarkeiten im Wahlkampf

3.1 Die Rolle hoher Wahlkampfspenden

Aktuelle Umfragen belegen, dass die Mehrheit der Amerikaner mit Unbehagen und Sorgen verfolgen, wie Unternehmen, Gewerkschaften (allerdings nicht in der gleichen Größenordnung) und vor allem auch superreiche Einzelspender den Wahlkampf beeinflussen. Die sogenannten »SuperPacs« (*Political Action Committees*), die nominell unabhängig von den Kandidaten agieren müssen, können mit Werbespots in den Wahlkampf eingreifen. Sie müssen (wenn auch oft mit großer Zeitverzögerung) die Spender veröffentlichen. Aber angeblich gemeinnützige Organisationen (die sogenannten *social welfare organizations*), die sich ebenfalls für oder gegen bestimmte Kandidaten in den Wahlkampf einschalten, können hohe Summen von Spendern anonym empfangen.

Laut *Washington Post/ABC News*-Umfrage vom 18.9.2012 sind 48 Prozent der Amerikaner »sehr besorgt« und 27 Prozent sind »besorgt« über diese Entwicklung, also drei Viertel der Bevölkerung. Befragt nach dem Kandidaten, der von den hohen Spenden am meisten profitiert, nennen 41 Prozent der Befragten Romney und 29 Prozent Obama.

Beide Seiten bemühen sich um hohe Spenden von Millionen und Milliarden. Folglich werden die bedenklichen Auswirkungen der *Citizens United*-Entscheidung derzeit nicht thematisiert, in welcher der Oberste Gerichtshof Spenden als eine Form »freier Rede« definiert und damit unbeschränkt zugelassen hat.

Präsident Obama hängt noch heute eine Äußerung vom Dezember 2010 nach, in der er in einem Fernsehinterview die Wall-Street-Bankiers als *fat cats* bezeichnete. Die so Kritisierten fühlen sich nicht ausreichend durch ihn und die Demokraten gewürdigt und verweigern der *Obama Campaign* entweder die Unterstützung oder wenden sich dem Romney-Camp zu. Kein Demokrat würde derzeit die harschen Worte wagen, die Franklin Roosevelt bei seiner zweiten Nominierung 1936 wählte, als er die »Wirtschaftsroyalisten« attackierte und vor einer »Diktatur der Überprivilegierten« warnte.

Doch Romneys Zugang zu reichen und spendenbereiten Unterstützern sichert ihm keineswegs die Präsidentschaft, sie bewahrt ihn nicht einmal vor finanziellen Engpässen.

Ende August wurde bekannt, dass es Präsident Obama gelungen war, mehr Spenden einzunehmen als sein Herausforderer und dass die *Romney Campaign* 20 Millionen US-Dollar Kredit aufnehmen musste, da die für den Hauptwahlkampf zusammengetragenen 100 Millionen US-Dollar erst nach der Nominierung des Kandidaten zum Einsatz kommen durften.

3.2 Behinderungen bei der Ausübung des Wahlrechts

Unter dem Vorwand, den Missbrauch des Stimmrechts zu bekämpfen, gibt es neue Gesetze, die auf die Einschränkung der Wahlbeteiligung abzielen. Tatsächliche Fälle des Wahlbetrugs durch Wähler mit gefälschten Ausweisen (der sogenannte *identity fraud*) sind so gut wie nicht existent. Aber die Behauptung allein reicht als Legitimation den Zugang zur Wahl mit Auflagen zu erschweren, die Minderheiten, Arme, Studenten und ältere Amerikaner überproportional belasten – nicht von ungefähr Bevölkerungsgruppen, die überwiegend demokratisch wählen. Laut *New York Times* sind seit 2005 Reformen zur »Bewahrung der Integrität von Wahlen« in zwölf Bundesstaaten verabschiedet worden. Die *Washington Post* berichtete Anfang 2011 von 176 restriktiven Gesetzesvorschlägen, die in 41 Bundesstaaten eingebracht worden sind.

In den meisten Fällen funktioniert *voter suppression* wie folgt: Wer wählen möchte, muss in ein Wahlregister eingetragen sein. Nun verlangen mehrere Bundesstaaten zusätzlich die Vorlage eines Ausweises. Viele Bürger haben keine akzeptierte *photo ID* (viele Studenten können dadurch zum Beispiel ihre Studentenausweise nicht nutzen). Die Beschaffung einer solchen ID ist aufwendig: Die ausstellende Behörde ist nicht leicht erreichbar (ein besonderes Problem für Personen ohne eigenes Auto), sie hat nur eingeschränkte Öffnungszeiten, bei Namenswechsel wegen Heirat müssen Geburtsurkunden vorgelegt werden, was zusätzliche Wege und weitere Kosten bedeutet. Ein führender republikanischer Politiker in Pennsylvania hat unumwunden zugegeben, was das Hauptziel dieser Gesetze ist: »Das neue Wähler-Ausweisgesetz wird es Gouverneur Romney ermöglichen, den Staat (Pennsylvania) zu gewinnen.«

Die Bemühungen sind aber nicht nur auf neue Gesetze beschränkt, hinzu kommen auch Aktivitäten wie die der Organisation True the Vote, die aus der Tea Party hervor-

gegangen ist. Mit einer selbst entwickelten Software testet die Gruppe Wählerregister und stellt bei kleinsten Abweichungen (wie einer Unstimmigkeit bei einer Adresse) die Wahlberechtigung der registrierten Person infrage. 2009 und 2010 konzentrierte sich die Gruppe unter anderem auf den Wahlbezirk der afro-amerikanischen Kongress-Abgeordneten Sheila Jackson Lee und stellte eine Liste von 500 »verdächtigen« Namen zusammen. Die benannten Personen wurden von den Wahllisten »suspendiert« und mussten zusätzliche Nachweise für ihren Wohnsitz erbringen. True the Vote entsandte zudem laut *New York Times* Dutzende weiße »Wahlbeobachter« zu den Wahllokalen, die absichtlich Spannungen mit den überwiegend schwarzen Wählern erzeugten.

Der Kongressabgeordnete John Lewis, Weggefährte von Martin Luther King, hat die neuen Gesetze daher mit Praktiken wie »Lesetests« und »Wahl-Steuern« verglichen, mit der vor Verabschiedung der Bürgerrechtsgesetzgebung afro-amerikanische Bürger an der Ausübung ihres Wahlrechts gehindert wurden.

3.3 Außenpolitische Krisen, insbesondere im Iran, in Israel und in Libyen

Eine Umfrage von *Washington Post/ABC* im Oktober zeigte, dass 50 Prozent der Befragten Präsident Obamas Handhabung außenpolitischer Probleme vertrauten, nur 40 Prozent vertrauten Mitt Romney. Er hat sich nicht empfohlen durch seine Auftritte in Europa und wurde auch von seinen eigenen Anhängern kritisiert ob seiner voreiligen, unüberlegten Attacke gegen die Obama-Regierung in der sogenannten Bengasi-Krise, die am 11. September infolge eines Anschlags auf den US-Botschafter in Libyen ihren Anfang nahm.

Romneys außenpolitische Positionen bleiben so vage wie viele seiner anderen Positionen. Seine Kernaussage ist: Die Welt bedürfe amerikanischer Führung und er werde Führungsstärke beweisen. Er wirft Obama vor, von Amerikas »Exzeptionalismus« nicht ausreichend durchdrungen zu sein, sich stattdessen »für Amerika zu entschuldigen« und gegenüber Herausforderern wie China und dem Iran nicht genug Stärke zu beweisen. Dabei fällt es Analysten zugleich schwer, genau auszumachen, wie er zum Beispiel in der Auseinandersetzung um das Nuklearprogramm des Iran verfahren und ob seine Herangehensweise signifikant von der Obamas abweichen will.

Die Außenpolitik spielte bis zur Bengasi-Krise im Wahlkampf eine eher untergeordnete Rolle. Als *worst case scenario* galt ein israelisch-iranischer Konflikt. Doch die unklare Kommunikation der US-Regierung zu den Hintergründen des Anschlags, bei dem neben US-Botschafter Christopher Stevens drei weitere US-Amerikaner ums Leben kamen, gibt Mitt Romney auch auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik eine Chance, die Politik Präsident Obamas als Fehlschlag zu attackieren.

Zunächst ging die Regierung von Protesten im Zusammenhang mit dem islamfeindlichen YouTube-Video aus. Später musste sie einräumen, dass es sich um einen gezielten Terrorangriff einer Al-Kaida nahestehenden Gruppe in Libyen handelte. Gouverneur Romney und Republikaner im Repräsentantenhaus unterstellen der Obama-Administration nun, sie habe die amerikanische Öffentlichkeit bewusst über die wahren Hintergründe des Anschlags getäuscht. Ein Kongressausschuss lud deshalb führende Vertreter des State Department zu einer Anhörung vor. Auch in der Debatte zwischen Vizepräsident Joe Biden und Paul Ryan sowie in der zweiten Präsidentschaftsdebatte ging es um die Sicherheitsausstattung der US-Botschaft in Bengasi.

Neueste *NBC News/Wall Street Journal*-Umfrageergebnisse belegen, dass die Attacke der Republikaner Wirkung zeigt. Während vor dem Anschlag vom 11. September 2012 noch 54 Prozent der Befragten mit der Außenpolitik Obamas zufrieden waren, so waren es Ende September nur 49 Prozent. Die Zahl der Unzufriedenen stieg im gleichen Zeitraum von 40 Prozent auf 46 Prozent.

Neben dem Bengasi-Anschlag ist Israel ein weiteres außenpolitisches Wahlkampfthema. Die Republikaner versuchen Kapital daraus zu schlagen, dass Präsident Obama – auch nach Ansicht seiner Unterstützer – die Beziehungen zu Israel schlecht gehandhabt habe. Er habe zu wenig versucht, Vertrauensbeziehungen mit den Verantwortlichen aufzubauen, Israel trotz aller anfänglicher Aufmerksamkeit zu wenig beachtet und zu wenig Verständnis und Sympathie signalisiert. Stattdessen habe er gleich am Anfang viel Druck auszuüben versucht – mit den bekannten (Nicht)-Ergebnissen. Die Republikaner sehen eine Chance, neue Wähler unter den enttäuschten amerikanisch-jüdischen Bürgern zu finden, die bislang immer so eindeutig mehrheitlich für die Demokraten votierten, dass sich die Republikaner lange

kaum Mühe gemacht haben, sie für sich zu gewinnen. Ein Werbespot in dem von vielen jüdisch-amerikanischen Pensionären bewohnten Teil Floridas zitiert Netanjahuaussagen, dass ihn die Welt bezüglich des iranischen Nuklearprogramms bittet, zu warten – aber worauf? Und wie lange noch? Der Spot schließt mit der Aussage »Die Welt braucht amerikanische Stärke, nicht Entschuldigungen« – die Grundaussage der Republikaner.

Doch viele amerikanische Juden und viele Israelis sehen mit größtem Unbehagen, dass »Israel« ein »Thema« in der Kampagne, sprich ein Streitpunkt zwischen den Parteien wird. Aus israelischer Sicht war und bleibt »überparteiliche Unterstützung« in den USA essentiell. Viele finden es sehr kurzsichtig, dass Premierminister Netanjahu so offensichtlich den republikanischen Kandidaten (seinen langjährigen Freund Mitt Romney) dem demokratischen Präsidenten Obama vorziehen würde.

Umfrageergebnisse zeigen zudem, dass die Bereitschaft, eine erneute amerikanische Intervention und eine herausgehobene Führungsrolle der USA zu unterstützen, bei demokratischen und republikanischen Wählern gleichermaßen zurückgegangen ist.

4 Aussichten

Kurz vor den Wahlen sind die Aussichten für Präsident Obama auf den ersten Blick ermutigend: Seine *job approval rating* (Zustimmung zur Amtsführung) liegt aktuell wieder bei 51 Prozent. Er hat der Planung Romneys, alles auf die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftslage auszurichten, die Spitze nehmen können. Dabei helfen auch ein paar moderat-positive wirtschaftliche Trends wie die sinkende Arbeitslosenrate, die erstmals seit der Krise knapp unter der Achtprozentmarke liegt und etwas bessere Nachrichten vom Immobilienmarkt (der Bau und Verkauf neuer Häuser ist auf dem höchsten Stand seit zwei Jahren) sowie die rückläufige Zahl junger Erwachsener, die mangels eigener Einkünfte bei ihren Eltern unterkommen. Beobachter gehen davon aus, dass die Erholung der amerikanischen Wirtschaft vorankommt.

Von den 270 Wahlmännern des Wahlmännergremiums (*electoral college*), die Obama für den Wahlsieg braucht, sind ihm laut *Washington Post* (vom 15. Oktober 2012) 196 bereits definitiv sicher, weitere 59 neigen in seine Richtung. Mitt Romney verfügt hingegen nur über

170 sichere Wahlmänner-Stimmen, weitere 36 gehen wahrscheinlich an ihn. Um die noch offenen 77 Wahlmänner wird bis zum Schluss gerungen.

Trotz verbesserter Umfragewerte für den republikanischen Herausforderer nach der ersten Debatte – 69 Prozent der Befragten sahen ihn als Sieger und 35 Prozent haben nun eine bessere Meinung von ihm – hat Mitt Romney derzeit nur in einem der wahlentscheidenden *battleground states* einen relativ eindeutigen Vorsprung vor Barack Obama: Florida. In diesem Staat, der 29 Wahlmänner entsendet, liegt Romney laut einer Übersicht von RealClearPolitics vom 17.10. mit 49,3 Prozent vor Obama mit 46,8 Prozent. In Virginia (13 Wahlmänner) liegen beide Kandidaten fast gleich auf (Obama 48,4 Prozent zu Romney 47,6 Prozent). In drei weiteren umkämpften Staaten gibt es leichte Vorteile für Obama. In Ohio (18 Wahlmänner) hat der Präsident zwei Prozentpunkte Vorsprung vor dem republikanischen Herausforderer, in Wisconsin schlägt Obama Romney mit 50 Prozent zu 47,7 Prozent, in Nevada mit 49 Prozent zu 46 Prozent.

Im **Senat**, in dem sich ein Drittel der Senatoren der Wahl stellen, sah es Anfang 2012 noch so aus, als könnten die Republikaner vier weitere Sitze und damit die Mehrheit erobern. Aber die Lage hat sich mittlerweile zugunsten der Demokraten verschoben: Laut *Washington Post* (15. Oktober) gelten von den 33 offenen Sitzen 19 als sicher oder wahrscheinlich demokratisch, sieben als sicher oder wahrscheinlich republikanisch. In sieben Staaten ist das Rennen offen, unter anderem in Indiana, wo der allseits geachtete Senator Richard Lugar die Vorwahl gegen einen republikanischen Tea Party-Kandidaten verlor. Mit dem Rückzug der moderaten Senatorin Olympia Snowe aus Maine und durch die höchst kontroversen Äußerungen des Abgeordneten Todd Akin aus Missouri, der sich um den Einzug in den Senat bemüht, gilt es als wahrscheinlich, dass in diesen beiden Fällen demokratische beziehungsweise unabhängige Kandidaten die Wahlen gewinnen werden.

Im **Repräsentantenhaus** müssten die Demokraten 25 zusätzliche Mandate erringen, um die Mehrheit zurückzuerobern. Damit rechnet im Moment niemand, aber das *campaign committee* im Repräsentantenhaus schätzt, dass 28 der sich um die Wiederwahl bemühen den Demokraten entweder leicht vor oder gleichauf mit ihren republikanischen Rivalen liegen und dass 66 der

Republikaner sich in Distrikten um die Wiederwahl bemühen, die vor vier Jahren für Obama gestimmt haben.

Trotz der weiter leicht optimistischen Aussichten waren die Demokraten davor, zu siegesgewiss zu sein. Mitt Romney ist nicht von ungefähr für gute Planung bekannt. Seine ob vieler Fehler unruhig und kritisch gewordenen Unterstützer sind nach der überraschend guten ersten Debattenperformance wieder mobilisiert (59 Prozent sind nach neuesten Umfragen »sehr begeistert«) und hoffen, dass Romneys *get out the vote*-Kampagne der von John McCain im Jahr 2008 deutlich überlegen ist und sich das Blatt noch zu seinen Gunsten wenden könnte. Allerdings gehen viele Beobachter davon aus, dass die *field operations* der *Obama Campaign* Romneys Organisation weiterhin übertreffen.

5 Herausforderungen nach der Wahl

5.1 Die »fiskalpolitische Klippe« (»*fiscal cliff*«)

Unmittelbar nach der Wahl am 6. November, also in der letzten sogenannten *lame duck*-Sitzungsperiode des Kongresses, stehen weitreichende Entscheidungen an. Zum 1. Januar 2013 treffen zwei Ereignisse zusammen, die unter der Bezeichnung »*fiscal cliff*« zusammengefasst werden:

Steuererleichterungen sowohl aus der Bush-Ära als auch aus der Amtszeit Obamas laufen aus, und es ist offen, ob und in welcher Form sie verlängert werden. Die Republikaner lehnen die von den Demokraten favorisierte Lösung ab, Steuererleichterungen für hohe Einkommen (über 250 000 US-Dollar) zu beenden, sie aber für mittlere Einkommen beizubehalten. Sollten die Steuern steigen, würde dies zwar das Haushaltsdefizit der USA erheblich reduzieren, aber auch den Konsum zu einem Zeitpunkt einschränken, an dem die amerikanische Wirtschaft davon empfindlich getroffen würde.

Gleichzeitig stehen drastische Einschnitte sowohl für den zivilen als auch den militärischen Teil des US-Haushalts an, die auf das Haushaltskontrollgesetz vom August 2011 zurückgehen. Im Sommer 2011 drohten rabiati anti-staatlich eingestellte republikanische Abgeordnete der Tea-Party-Fraktion, die Schuldengrenze der USA nicht zu erhöhen, wenn es nicht zu massiven Einsparungen kommen werde. Ein paritätisch besetztes »Super-

Schulden-Komitee« wurde eingerichtet, in dem man sich aber – wie allgemein erwartet – nicht bis zum Stichtag an Thanksgiving 2011 auf eine gesetzgeberische Lösung einigen konnte. Für den Fall eines solchen Fehlschlags sah beziehungsweise sieht das Gesetz vom August 2011 die sogenannte *sequestration* vor, die Kürzungen um mindestens 7,6 Prozent in allen Bereichen staatlichen Handelns – vom Geheimdienst über Nahrungsmittelsicherheit bis zur Flugsicherung. Nur wenige Bereiche – zum Beispiel *medicare* und die staatlichen Renten sowie die Versorgung der Veteranen – sind von den Kürzungen ausgenommen. Der Haushalt des Pentagons hingegen ist massiv betroffen. Dort sollen nach dem Rasenmäherprinzip durchschnittlich 9,6 Prozent der Mittel für Einzelhaushalte gekürzt werden.

Die Kombination aus Steuererhöhungen und Haushaltseinsparungen zum 1. Januar 2013 würde die Wachstumschancen der US-Wirtschaft nachhaltig belasten. Das Schreckens-szenario einer neuen Rezession kann durch ein neues Gesetz abgewendet werden, das bislang jedoch weder Demokraten noch Republikaner verabschieden wollen. Alle warten auf den Wahlausgang und das damit neu austarierte Kräfteverhältnis.

5.2 Was wird aus den Republikanern?

Viele Beobachter rechnen mit einer Art »Bürgerkrieg« bei den Republikanern für den Fall einer Niederlage Romneys. Moderate Realisten werden eine verlorene Wahl dem zu weit nach rechts gerückten, ideologisch viel zu rigiden Kurs der Partei anlasten, der die veränderten Realitäten in den USA und in der Welt ignoriert und sich für die Rückkehr zu einem pragmatischen Kurs einsetzen. Ihre innerparteilichen Gegner werden hingegen vehement dafür eintreten, dass die Niederlage der Entscheidung für einen viel zu moderaten Kandidaten zuzuschreiben ist, der ihre Prinzipien nicht ausreichend stringent vertreten hat. Die derzeit mit den Demokraten geführte Auseinandersetzung wird in die Republikanische Partei hinein fortgesetzt, und es ist nicht auszuschließen, dass dabei die »Polarisierung ihre eigenen Kinder frisst«.



About the Author

Pia Bungarten ist die Vertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington D.C.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung Referat Westeuropa/Nordamerika | Abteilung Internationaler Dialog, Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>

E-Mail:
ID-INFO-WENA@fes.de

<http://www.fesdc.org>

Das FES-Büro in Washington, DC

Zentrales Ziel der Arbeit des Büros ist die Förderung des transatlantischen Dialogs im Sinne sozialdemokratischer Werte und Ideen. Mit unseren Programmen wollen wir deutsche und europäische Debatten mit US-amerikanischen und kanadischen verknüpfen. Darüber hinaus liegt es in unserem Interesse, Partner und Entscheidungsträger aus dritten Regionen in einen Dialog mit einzubinden, um Ideen und Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen zu entwickeln. Zu diesen Regionen und Ländern gehören der Nahe und Mittlere Osten, Afghanistan, Russland und die Türkei.

Ein weiteres wichtiges Element unserer Arbeit ist der Aufbau und die Pflege von transatlantischen Netzwerken zwischen politischen Entscheidungsträgern, Vertretern von Thinktanks, Universitäten, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die inhaltlichen Projektschwerpunkte des Büros liegen in den Bereichen Demokratieförderung und Konflikttransformation, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Minderheiten und Integration, Energie- und Klimapolitik sowie Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen.

Friedrich Ebert Foundation
1023 15th Street, NW | Suite 801
Washington, DC 20005

Tel.: +1-202-408-5444
Fax: +1-202-408-5537
Email: fesdc@fesdc.org
<http://www.fesdc.org>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-281-7